

DIE LINKE.-Zeitung für Forst und Umgebung

Aus der SVV informiert

Erschreckender Umgang mit Recht und Gesetz



In der vergangenen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung bildete das Thema Abwasserentsorgung einen Schwerpunkt.

Die Frage war, ob sich die Verwaltungsspitze und die anderen Fraktionen

von Recht und Gesetz leiten lassen oder es wichtiger ist, Anträge und Vorschläge unserer Fraktion abzulehnen. Sowohl die Kommunale Abgabenordnung, wie auch Rechtsentscheidungen des Berlin-Brandenburgischen Oberverwaltungsgerichts legen sehr klar fest, dass nach Umstellung von Beitrags- und Gebührensatzungen auf reine Gebührenzahlung, die gezahlten Abwasseranschlussbeiträge entweder ausgezahlt werden müssen oder aber mit den zukünftigen Gebühren zu verrechnen sind. Das bedeutet, Grundstücksbesitzer, die Anschlussbeiträge gezahlt haben, müssen ihre Beiträge auf die Gebühren angerechnet bekommen. Das heißt, sie zahlen geringere Gebühren als alle Grundstücksbesitzer, die niemals Beiträge entrichtet haben.

> S.2

Spruch des Monats

»Ich bin ein Pessimist für die Gegenwart, aber ein Optimist für die Zukunft. «

Wilhelm Busch

Herzliche Glückwünsche zum Frauentag ...

... überbrachten, wie schon in den vergangenen Jahren, die Männer des Ortsvorstandes und der Fraktion DIE LINKE.

Traditionell begannen sie mit der Beschenkung im ZAK-Verein zum Frauenfrühstück. Neu war in diesem Jahr die Gratulation mit der Rose bei den Schwestern und Angestellten des Krankenhauses im Rahmen der Aktion unserer Partei für mehr Unterstützung der Pflegekräfte. Da wir einiges Erstaunen auslösten, mussten wir deutlich sagen, dass wir nicht von der Geschäftsführung kommen. Große Freude brachten die Rosen auch wieder in der Berliner Straße bei den Passantinnen, Verkäuferinnen und Geschäftsfrauen.





Aus Anlass des Internationalen Frauentages hatten der Ortsvorstand Forst und unsere Landtagsabgeordnete Anke Schwarzenberg am Donnerstag, dem 9. März 2017, um 16.00 Uhr in die Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22 in Forst (Lausitz), zum »FRAUENCAFÉ« eingeladen, und viele Frauen nahmen diese Einladung gern an.

Fotos: MaBe

Begrüßt wurden die Frauen von der Ortsvorsitzenden, Cornelia Janisch, die zum diesjährigen Thema des Frauentages »Rente muss für ein gutes Leben reichen« sprach.

Besonders Frauen sind von Altersarmut betroffen. Ursachen sind die typischen Erwerbsbiografien der Frauen, die geprägt sind von schlecht entlohnten Tätigkeiten, Teilzeitbeschäftigung, Minijobs sowie Erziehungs- und Pflegeauszeiten. Da die gesetzliche Rente gerade für Frauen die wichtigste Säule der Alterssicherung ist, muss die weitere Absenkung des Rentenniveaus gestoppt werden. Hierfür kämpfen DIE LINKEN gemeinsam mit den Gewerkschaften.

Änke Schwarzenberg informierte zur

Arbeit im Landtag, u.a. zur Verwaltungsstrukturreform und zur Entwicklung des ländlichen Raumes.

Kurz: Interessante Informationen zu aktuellen Themen, nette Gespräche in gemütlicher Runde und eine gute Portion Men-Power machten die kleine Feier zu einer runden Sache. Für Letzteres zeichneten Heinz-Peter Bischoff und Günther Mattern verantwortlich, die für angenehme Atmosphäre sowie Speis und Trank sorgten und am Ende auch das übernahmen, was normalerweise Mann und Frau gleichermaßen ungern machen, den Abwasch.

Bravo Jungs und danke!

Oder in Smart-Sprache:

Aus der SVV ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Mehrheit der SVV hat die von uns beantragte Beitragsrückerstattung abgelehnt. Alle Mitglieder der anderen Fraktionen stimmten gegen den Antrag. Nur der fraktionslose Abgeordnete Nowka unterstützte in diesem Fall unsere Fraktion. Rechtlich war diese Entscheidung zulässig. Daraus folgte zwingend, dass nun eine völlig veränderte Gebührensatzung mit differenzierten Gebühren zu erarbeiten ist. Dies wurde dann aber von den

gleichen Stadtverordneten ignoriert. Sie beschlossen im nächsten Tagesordnungspunkt eine einheitliche Gebühr von 3,96 € je m³ Abwasser.

Dies ist aus unserer Überzeugung ein klarer Rechtsbruch, der aber selbst für einen Rechtsanwalt innerhalb der CDU-Fraktion kein Problem darstellt. Wir empfehlen deshalb allen Grundstücksbesitzern, gegen einen neuen Gebührenbescheid Widerspruch einzulegen. Nur so wahren Sie Ihre Rechte auf faire Abwassergebühren. Die Änderung der Gebührensatzung wird mit der Bekanntgabe im Amtsblatt der Stadt Forst vorläu-

fig rechtskräftig. Danach müssen die Widersprüche verfasst werden, auch wenn Sie keinen neuen Gebührenbescheid zugesandt bekommen.

Unsere Fraktion hat sich sofort an die Kommunalaufsicht des Brandenburgischen Innenministeriums gewandt, um die rechtswidrige Entscheidung aufheben zu lassen. Über den weiteren Verlauf des Verfahrens werden wir Sie im Malxeblatt oder kurzfristig auch auf unserer Internetseite www.malxeblatt.de informieren.

Ingo Paeschke,

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE der SVV Forst

Erstes FlüNet-Treffen dieses Jahres in Forst

Forster Brücke & Paul Gerhardt Werk sind feste Partner

m Kompetenzzentrum, organisiert durch die Projekte »Engagierte Stadt« und FlüNet – Flüchtlingsnetzwerk Forst (Lausitz) wurde von vielen aktiven Forstern am 08.03.2017 über die »Integration vor Ort – Möglichkeiten und Grenzen des bürgerschaftlichen Engagements« diskutiert.

Das geschah in lockerer Atmosphäre. Den Gesprächsfaden hielt der Moderator des RBB, Christian Matthee, in der Hand. Ein Spiegel, der sehr viel Engagement, auch menschliche Befindlichkeiten und Nischen ausleuchtete. Trotz bestehender Grenzen im Raum zu spüren: Energie von »Ur«-Forstern und Neuankömmlingen, das Leben gemeinsam zu gestalten.

Hervorgehoben wurden von Einheimischen und Flüchtlingen selbst immer wieder die Wichtigkeit deutscher Sprache, guter schulischer Betreuung, Ausbildung und Integration im Arbeitsmarkt.

Die Forster Brücke stellte ihr am 8. März neu begonnenes Projekt »Frauentreff der Forster Brücke« im Hause des Familientreffs vom Paul-Gerhardt-Werk vor. Das Netzwerk »Gesunde Kinder« ließ es sich nicht nehmen, auch bei dieser Veranstaltung aktiv zu sein.

Thomas Fleming



Weitere Infos aus der SVV Forst:

Haushalt für 2017 beschlossen

Der Haushalt für 2017 wurde ohne Gegenstimmen in der SVV beschlossen. Das Haushaltsloch wird auch in diesem Jahr wieder größer. Etwa 40 Millionen Euro werden ständig als Kassenkredite in Anspruch genommen, damit hat jeder Forster schon mal mindestens 2.100 Euro kommunale Schulden. Eine Sanierung des Haushalts aus eigener Kraft ist faktisch unmöglich. Im Rahmen einer Kreisgebietsreform wäre ein Schuldenschnitt allerdings möglich, dazu müsste sich die Stadt aber auch inhaltlich in die Diskussion zur Reform einbringen.

Auf Antrag unserer Fraktion wurde im Haushalt die Finanzierung mindestens eines behindertengerechten Spielgerätes auf einem unserer öffentlichen Spielplätze aufgenommen. Dies war ein Wunsch von betroffenen Familien, die zu einer verbesserten Integration von Kindern mit Handicap auch in der Freizeit führen sollen.

Stellungnahme zur Kreisgebietsreform – wieder am Thema vorbei

Der amtierende Bürgermeister hat mit einem Beschlussantrag zum Referentenentwurf der Kreisgebietsreform die Position der Brandenburgischen CDU stärken wollen. Obwohl man sich in der Verwaltung mit dem Referentenentwurf nicht auseinandergesetzt hat, erklärte man dessen Ablehnung.

Ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung muss aber die Interessen unserer Stadt vertreten und nicht die Interessen einer Partei. In der Enquetekommission des Landtages vor der Wahl 2014 haben alle damaligen Fraktionen für die Notwendigkeit einer Kreisgebietsreform votiert. Erst als die CDU nach der Landtagswahl wieder in die Opposition verbannt wurde, begann der Kampf gegen die Reform.

Im Gegensatz dazu hat die CDU als Re-

gierungspartei in allen anderen ostdeutschen Ländern Kreisgebietsreformen durchgezogen, nur in Brandenburg soll jetzt plötzlich der Verlust der Heimat drohen. Mit dieser Art, Ängste zu erzeugen, kann man offensichtlich die nötigen Unterschriften für ein Volksbegehren bekommen, die Fragen und Probleme der Zukunft werden damit allerdings nicht gelöst.

Eine Reform ist in den kommenden Jahren unumgänglich, allerdings sollte sie keine Landkreise schaffen, die von ehrenamtlichen Kommunalpolitikern nicht mehr mitgestaltet werden können. Aus diesem Grund lehnen auch wir den aktuellen Referentenentwurf ab und plädieren für ein Kreisgebilde aus Spree-Neiße und Cottbus. Dabei sollte die Kreisverwaltung weiterhin in Forst verbleiben. Den Titel Kreisstadt kann Cottbus dagegen durchaus bekommen. Wir brauchen die Jobs in Forst und eine Entlastung unseres hochverschuldeten Haushalts. Ein Antrag, der dies formuliert hätte, wäre auch von uns unterstützt worden.

➤ Linden abgeholzt für Parkplatzsanierung

Mit 13 zu 10 Stimmen bei zwei Enthaltungen hat die Stadtverordnetenversammlung die Abholzung der Linden auf dem Lindenplatz genehmigt. Ursache für diese Eilentscheidung war eine fehlerhafte Vorbereitung der Baumaßnahme durch die Verwaltung. Die Wurzelausbreitung der Bäume wurde nicht ordnungsgemäß geprüft. Erst nach dem Aufriss der Parkplatzoberfläche wurde das Problem sichtbar. Wir halten die Entscheidung für einen schweren Fehler. In der sogenannten »Grünen Mitte« die Linden zu fällen, ist ein offensichtlicher Treppenwitz. Leider hat auch ein Mitglied unserer Fraktion dieser Entscheidung seine Zustimmung gegeben. Ingo Paeschke,

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE der SVV Forst



Vom LANDTAG BRANDENBURG informiert

. Anke Schwarzenberg, MdL.

> Fünftes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes

Das Gesetz sieht vor, dass Personen, die wegen einer vorsätzlichen Tat zu einer Freiheitsstrafe verurteilt werden, die bei Beamten den Verlust der Beamtenrechte zur Folge hätte, für die Dauer von fünf Jahren die Wählbarkeit zum hauptamtlichen Bürgermeister oder Landrat verlieren

Damit reagiert das Land Brandenburg auf die Regelungslücken, die im Zusammenhang mit der Bürgermeisterwahl in der Stadt Guben festgestellt wurden.

> Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger in den Lehrerberuf dauerhaft halten und qualifizieren

Die Landesregierung wird beauftragt ein Konzept vorzulegen, wie Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger ohne abgeschlossene Lehramtsausbildung eine vollständig anerkannte Qualifizierung für ihren Beruf erlangen können.

Dazu gehört die Ausweitung der bestehenden regionalen Angebote in der Weiterqualifizierung, die Fortführung der berufsbegleitenden Weiterqualifizierung auch für Seiteneinsteiger, die Ausweitung des berufsbegleitenden Vorbereitungsdienstes u.a.

> Historische Grabmale auf Brandenburger Friedhöfen erhalten -Bestattung in Mausoleen erlauben

Mit diesem Antrag wird die Landesregierung beauftragt, bis zum Sommer 2017 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Brandenburgischen Bestattungsgesetzes vorzulegen, der die Beisetzung in Grüften, Grabkammern und Grabgebäuden regelt und klarstellt, dass ein Sargerfordernis bei einer Erdbestattung

im Land Brandenburg nicht besteht.



> Zum Landesnahverkehrsplan 2018 bis 2022

In Vorbereitung der Fortschreibung des Landesnahverkehrsplanes und in Umsetzung der Mobilitätsstrategie sind mit dem Land Berlin gemeinsame Prioritäten bei den zukünftigen Investitionen, bei der Optimierung von Umsteigebe-ziehungen Berlin – Brandenburg aufzu-

Durch Auflegen eines Infrastrukturfonds der Länder Brandenburg und Berlin soll die Vorfinanzierung von Planungsleistungen ermöglichen. Eine Berichterstattung erfolgt im Ausschuss.

Karlsruhe hat Recht: Auftrittsverbot für Erdogan möglich

Pressemitteilung von Sahra Wagenknecht

»Die Bundesregierung muss jetzt endlich Farbe bekennen und darf die Bürgermeister von Städten und Gemeinden nicht länger mit dem Problem allein lassen. Kanzlerin Angela Merkel und Außenminister Sigmar Gabriel haben es in der Hand, Erdogans Propagandatour für Diktatur und Todesstrafe zumindest auf deutschem Territorium zu stoppen, so wie es die Regierungen Österreichs und der Niederlande für ihre Länder entschieden haben«, erklärt die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Sahra Wagenknecht, zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts (AZ: 2 BvR 483/17). Wagenknecht weiter: »Im Urteil wurde ausdrücklich festgeschrieben, dass Erdogan und seine Mi-

nister sich bei ihren geplanten Auftrit-

ten 'nicht auf die Grundrechte berufen können' und es sich bei einer möglichen Auftrittsversagung durch die Bundesregierung allein 'um eine Entscheidung im Bereich der Außenpolitik han-

Das Bundesverfassungsgericht hat in dankenswerter Klarheit dargelegt, dass es in der Kompetenz der Bundesregierung liegt, die Auftritte Erdogans und seiner Entourage abzusagen. Kanzlerin Merkel und Außenminister Gabriel müssen jetzt handeln, die Zeit des Wegduckens ist vorbei. Weder haben türkische Regierungsmitglieder einen verfassungsrechtlichen Anspruch Wahlauftritte in Deutschland, noch können sie sich auf die Grundrechte berufen. Mordaufrufe gegen Andersdenkende, faschistische Grußformeln wie der Wolfsgruß und Werbefeldzüge für eine Diktatur dürfen in Deutschland 10. März 2017 keinen Platz haben.«

(zur Verfügung gestellt von einer interessierten Lesergruppe)

> In dieser Zeit wo Gewalttätigkeit in Lüge gekleidet, so unheimlich wie noch nie auf dem Throne der Welt sitzt, bleibe ich dennoch überzeugt, dass Wahrheit, Liebe und Sanftmut die Gewalt sind, die über aller Gewalt ist.

> > Albert Schweizer



Radikale Umverteilung von oben nach unten wer das nicht will, will Armut nicht abschaffen

Pressemitteilung von Katja Kipping

»Wohlfahrts- und Betroffenenorganisationen haben heute einen Armutsbericht herausgegeben, aus dem hervorgeht, dass die Armut in Deutschland auf einem neuen Höchststand ist. Dies zeigt das eklatante Versagen der CDU/CSU- und SPD-geführten Bundesregierung in Sachen Armutsbekämpfung«, erklärt Katja Kipping, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Kipping weiter:

»Der Bericht zeigt, dass sofortiger Handlungsbedarf besteht: Wir brauchen eine radikale Umverteilung von oben nach unten, damit Armut in Deutschland beseitigt wird. Da hilft auch kein Herumdoktern an einem marode gesparten Sozialsystem: Es braucht dringend ordentlich bezahlte Erwerbsarbeit, eine Aufwertung der frauentypischen Berufe, den Ausbau und die Demokratisierung von sozialer Infrastruktur und Dienstleistungen, eine Kindergrundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen sowie eine solidarische Mindestrente und eine sanktionsfreie Mindestsicherung – unter 1.050 Euro droht Armut. Finanziert werden kann das nur durch eine radikale Umverteilung von oben nach unten. Wer das nicht will, will Armut nicht abschaffen, sondern beibehalten.« 02. März 2017

Wir laden ein zur

Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 29.03.2017, um 18.30 Uhr

Achtung: Die Mitgliederversammlung findet, entgegen vorherigen Ankündigungen, nicht in unserer Geschäftsstelle, sondern in der Gaststätte »Hundehütte« statt.

Gast ist unser Landesvorsitzender, Genosse Christian Görke.

Natürlich gibt es auch wieder Informationen zum Geschehen in unserer Stadt und aus dem Kreis.

Gedenkstätten in Forst

— 4. Teil —

Sowjetischer Ehrenfriedhof auf dem Forster Zentralfriedhof



Hier sind sowjetische Soldaten beigesetzt, die im Kampf um die Befreiung unserer Stadt Forst gefallen sind.

Leider sehen die Gedenktafeln zum Teil schon sehr vernachlässigt aus. Die roten Metallsterne wurden ja bereits vor Jahren gestohlen, aber die farbliche Nachgestaltung ist auch schon wieder sehr verblasst, ganz zu schweigen von den Namenstafeln, die teilweise unlesbar sind. Hier muss in Verantwortung der Stadtverwaltung wirksame Abhilfe geschaffen werden.

Wie in jedem Jahr werden wir auch am 8. Mai besonders der sowjetischen Opfer des 2. Weltkrieges gedenken.

Die Gedenkveranstaltung findet am 08.05.2017 um 16.00 Uhr statt. Wir laden dazu alle Bürger der Stadt herzlich Text/Foto: Günther Mattern

Stellv. des OV Forst DIE LINKE

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

Di., 21.03.: 18:30 Uhr Ortsvorstandssitzung Di., 28.03.: 18:30 Uhr Fraktionssitzung SVV

Do., 30.03.: 18:30 Uhr »Treff Linksrum« Di., 18.04.: 18:30 Uhr Ortsvorstandssitzung

Di., 25.04.: 18:30 Uhr Fraktionssitzung SVV

Do., 27.04.: 18:30 Uhr »Treff Linksrum« Di., 09.05.: 18:30 Uhr Fraktionssitzung SVV

Di., 16.05.: 18:30 Uhr Ortsvorstandssitzung

Mo.,22.05.: 18:30 Uhr AG Malxeblatt

Wir laden ein zum 1. Mai

Ab 10 Uhr sorgen Gewerkschaften und DIE LINKE auf dem Max-Seydewitz-Platz für einen interessanten und kurzweiligen Feiertag mit Info-Ständen, kulturellen Beiträgen, Hüpfburg und kulinarischen Genüssen.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

PINNWAND



11.04.: 72 Jahre Wilfried Krüger

16.04.: 72 Jahre Peter Kunze

20.04.: 83 Jahre Gertraud Mahling

26.04.: 65 Jahre Heinz-Peter Bischoff

27.04.: 62 Jahre Gundula Hammer

30.04.: 64 Jahre Elke Schubert

06.05.: 63 Jahre Anke Schwarzenberg

07.05.: 72 Jahre Jürgen Fischer

12.05.: 68 Jahre Anita Konzack

20.05.: 86 Jahre Hans-Joachim Lapuhs

23.05.: 71 Jahre Horst Beier

Herzlichen Glückwunsch. unseren Zubilaren. auch all denen. die hier nicht genannt sind!

Soziale Rechtsberatung 27.04. und 18.05.17, jeweils ab 13.30 Uhr

in der Geschäftsstelle der LINKEN. Berliner Straße 22, Forst.

Terminvereinbarung telefonisch (7852)

oder persönlich jeweils Dienstag 9 - 11 und 14 - 17 Uhr, Donnerstag 9 – 11 Uhr

Soziale Bürgerberatung in Döbern

am 05.04. (weiter alle 14 Tage) jeweils von 10 bis 14 Uhr

in der Begegnungsstätte Betreutes Servicewohnen des DRK, Forster Straße 14.

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE

Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE

V. i. S. d. P.: Cornelia Janisch

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen: Sparkasse Spree-Neiße, IBAN DE48 1805 0000 3305 102 7 80, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt« Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst Telefon (03562) 7852, Fax 6507

oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:

malxeblatt@gmx.de